

Superrotes Infoblatt

Kommunalpolitische Informationen der KPÖ Linz

KPÖ

linz.kpoe.at



Nur eine solidarische Gesellschaft wird die Krise bewältigen.

Das soziale Netz ausbauen

Die Corona-Krise verlangt auch der Linzer Bevölkerung einiges ab. Vermindertes Einkommen durch Arbeitslosigkeit, Kurzarbeit oder das Wegfallen von Zuverdienstmöglichkeiten bringt immer mehr Menschen unter Druck.

Denn Lebenshaltungskosten für Mieten und Strom müssen trotz geringerem Einkommen bezahlt werden. Und da geht vielen die Luft aus. So vermeldet etwa das

städtische Wohnunternehmen GWG eine Verdoppelung von Mietern mit Zahlungsproblemen. Und der Abschaltungsstopp der Linz AG für Strom, Gas und Fernwärme

im heurigen Winter bestätigt die steigende Energiearmut. Die Stadtpolitik ist daher gefordert ein soziales Hilfspaket zu schnüren und so die Bevölkerung zu entlasten.



Gerlinde Grün
KPÖ-Gemeinderätin

Hintreten auf Randgruppen

Die durch Corona ausgelöste Krise überlagert derzeit auch das kommunale Geschehen.

Gemeinderatssitzungen finden zwar statt, die Redezeit ist aber eingeschränkt, um die Sitzungslänge zu verkürzen. Der Stadtssenat bekommt dadurch noch mehr Gewicht. Wichtige Themen finden wenig Gehör und kritische Stimmen bleiben ungehört. Im Windschatten werden Beschlüsse mit weitreichenden Folgen gefällt, etwa die

Aufwertung der Stadtwache mit polizeilichen Kompetenzen oder die Verschärfung der Gartenschutzordnung. Kriminalisierung und Verdrängung statt sozialer Konfliktlösungsstrategien führen so zum Ausschluss von Obdachlosen und Suchtkranken aus dem öffentlichen Raum. Das Hintreten auf Randgruppen ist mehrheitsfähig geworden.



Corona-Autostadt

Die Coronakrise hat in Linz kein Umdenken eingeleitet. Ein Beispiel dafür ist die Verkehrspolitik: So reagierte die Stadt im ersten Lockdown mit dem Autokino am Jahrmarktgelände und Abschaffung der Parkgebühren.

Auch im zweiten Lockdown ist es nicht viel anders. Nur mit dem Unterschied, dass nun die Verkehrsbelastung gar nicht mehr zurückgehen will.

Der Grund liegt auch im angeschlagenen Image der Öffis. Statt das Angebot wieder aufzubauen wird es ausgedünnt und die Linz Linien setzen Ferienfahrpläne ein. Dazu wird weiter am unverminderten Ausbau von Straßen und Tiefgaragen festgehalten. Die SPÖ-Mitgliedschaft hat sich nun sogar für die „Ostumfahrung“-Autobahn im Linzer Süden ausgesprochen.

Vizebürgermeister Hein (FPÖ) möchte derweil eine Busbucht bzw. den Rad- und Fußweg beim Lentos versetzen, nur um den Autos mehr Platz zu geben. Mehr Busspuren, ein autofreier Hauptplatz oder Verbesserungen auf der Nibelungenbrücke sind dagegen nicht in Sicht. Linz bleibt auch während Corona Autostadt.

Michael Schmida

HTL-Lehrer und Personalvertreter
für BMHS-Lehrer*innen,
KPÖ-Landessprecher

Hotspot

Meinungen zu einem aktuellen Thema

Problemlösung durch Überwachung und Vertreibung?

Unter dem Stichwort „Sicherheit“ wird die Vertreibung von für die heile Konsumwelt unerwünschten Menschen aus dem öffentlichen Raum forciert. Nun soll die Videoüberwachung bei den Linz Linien flächendeckend installiert werden. Unter Berufung auf den „Punk-Paragrafen“ will man Menschen ohne Anlass vom Bahnhof oder aus Parks vertreiben.



Heinz Zauner

Geschäftsführung Verein ARGE für Obdachlose
„Soziale Hotspots“ wie der Hessenpark sind jetzt schon „Schutzzonen“, wo die Polizei Personen wegweisen kann, wenn eine zukünftige Straftat nach dem Strafgesetzbuch, Verbots- oder Suchtmittelgesetz befürchtet wird. Die Hautfarbe oder eine Punkfrisur kann so schnell zur Vertreibung aus dem „öffentlichen Raum“ führen.



Christina Pree

Sozialmanagerin, Verein für freiwillige soziale Dienste
Ein anderer Umgang ist möglich! Man kann öffentliche Räume in partizipativen Prozessen gestalten und vielfältige Nutzungen ermöglichen. Was in Linz fehlt ist ein Raumkonzept und der Wille, Alternativen aufzuzeigen. Vertreibung und Überwachung ist keine Lösung, schließlich geht es um Menschen. Unsere Solidarität ist gefragt.



Franz Fend

Betriebsrat, Sozialverein B 37
Der neoliberalen Ideologie zufolge ist Armut ein Vergehen, wenn nicht gar ein Verbrechen. Demzufolge ist der Ort für die Armen das Gefängnis und keinesfalls der öffentliche Raum, der dem Konsum vorbehalten ist. Die aktuelle Vertreibungspolitik ist diesem Dogma geschuldet und nicht, wie vorgegeben, der Sicherheit.

Wollen Sie mehr über
die Linzer **KPO** wissen?
Kontaktieren Sie uns.

📍 KPÖ-Linz, Melicharstraße 8, 4020 Linz
☎ +43 (0) 732 652156 (Mo-Do 8-12 Uhr)
✉ linz@kpoe.at
🌐 linz.kpoe.at



Mit der Kampagne „Aktivpass: Wichtiger denn je!“ informierte die KPÖ bei Infoständen im Herbst über diese wichtige soziale Leistung.

Jetzt ist soziale Absicherung gefordert

Die Stadt Linz rühmt sich seit Jahren die Sozialhauptstadt von Österreich zu sein. Und tatsächlich wird ein beachtlicher Anteil des städtischen Budgets für Soziales verwendet.

Der größte Brocken entfällt auf Seniorenheime, Kindergärten, Kinder- und Jugendhilfe, Pflegeleistungen und Sozialhilfe.

Sozialfonds

Viel Luft nach oben ist allerdings beim derzeit mit 100.000 Euro dotierten Linzer Sozialfonds, der für außergewöhnliche Notlagen abgerufen werden kann. Der Linzer Sozialfonds gehört zu den freiwilligen Leistungen der Stadt. Genauso wie der Aktivpass, der durch

sein günstiges Monatsticket und ob seines niedrigschwelligen Zugangs, von 36.000 LinzerInnen, vorwiegend Frauen mit geringem Einkommen, genutzt wird.

Kautionsfonds

Auch der auf Antrag der KPÖ eingeführte Kautionsfonds zur Unterstützung bei der Neuanmietung von Wohnraum ist eine wichtige Unterstützung für MieterInnen.

Die Absicherung von Wohnungen wird spätestens mit

Auslaufen der Frist für Mietrückstände Ende 2020 zum Problem werden. Und auch die gestundeten Rechnungen für Strom, Gas und Fernwärme werden im Frühjahr schlagend.

Daher fordert die Linzer KPÖ:

- Den Linzer Sozialfonds auf 500.000 Euro aufstocken und durch die Vereinfachung des Antragsverfahrens und Vermeidung von Wartefristen entbürokratisieren.
- Die Einrichtung eines Fonds für MieterInnen, die durch Mietrückstände von Wohnungsverlust bedroht sind.
- Energiearmut durch eine Energiegrundsicherung, die eine kostenlose Basisversorgung garantiert, wirksam bekämpfen.

Info-Sozial

Aktivpass: Anspruch ab 18 Jahre, Hauptwohnsitz in Linz, Einkommen unter 1.275 Euro. Infos: www.aktivpasslinz.at

Kautionsfonds: Anspruch ab 18 Jahre, Hauptwohnsitz in Linz, Einkommen unter 1.400 Euro, Paare unter 2.100 Euro, plus 300 Euro pro Kind. Anträge bei **Beratungsstelle Kompass, Neues Rathaus.**

Splitter aus dem Gemeinderat

Flüchtlinge

Zweimal, nämlich im Mai und im September, scheiterte der KPÖ-Antrag für die Aufnahme von Menschen aus überfüllten griechischen Flüchtlingslagern am Veto der SPÖ. Während die SPÖ in anderen Gemeinden selbst Resolutionen an die Bundesregierung stellte, befinden sich Luger & Co. fest in Geiselhaft von ÖVP und FPÖ.

Autokino

Für das Autokino am Urfahrer Jahrmarktgelände gab es keine Geld- und Naturalsubventionen, jedoch Zusatzkosten im Genehmigungsverfahren von 1.500 Euro und es wird mit Einnahmen von etwa 15.000 Euro durch Lustbarkeitsabgabe etc. gerechnet, berichtete Bgm. Luger zu einer KPÖ-Anfrage im September-Gemeinderat.

Nahverkehrsinitiative

Infrastrukturreferent Hein (FP) stellte seine „Nahverkehrsinitiative“ mit neuen Stadtbahnen, Obus-Linien, Bus-Linien und Umstiegsknoten im Gemeinderat vor. KPÖ-Gemeinderätin Grünz dazu: „Die langjährige Erfahrung zeigt, bei den Öffis werden oft großspurige Ankündigungen gemacht. Übrig bleibt oft: Außer Spesen nichts gewesen.“

Weihnachtsbeleuchtung

Auch 2020 sponserte die Stadt dem Handel wieder eine Weihnachtsbeleuchtung. 333.500 Euro wurden von SPÖ, FPÖ und ÖVP im September-Gemeinderat einstimmig beschlossen. Die KPÖ lehnte wie schon seit Jahren diese üppige Zusatzförderung für die Wirtschaft ab.

Aktuell, Nummer 6, Dezember 2020

Impressum: Medieninhaberin (Verlegerin), Herausgeberin: KPÖ-Oberösterreich, Melicharstraße 8, 4020 Linz, Tel.: +43 (0) 732 652156, E-Mail: ooe@kpoe.at, Web: ooe.kpoe.at; Konto Oberbank, IBAN: AT52 1500 0004 8021 9500, BIC: OBKLA22L, Druck: druck.at, Leobersdorf. Fotos: Archiv, Meister Eder.



Bereits zum dritten Mal wies die KPÖ beim „PARK(ing) DAY“ auf die Bedeutung autofreier öffentliche Räume hin.

Für lebendigen öffentlichen Raum

Auch 2020 hat die Linzer KPÖ wieder zum „PARK(ing) DAY“ geladen. Weltweit machen am dritten Freitag im September Initiativen darauf aufmerksam, dass der städtische Raum vor allem von Autos dominiert wird.

Mit dem „PARK(ing) DAY“ wird ein Zeichen für einen lebendigen öffentlichen Raum in einer lebenswerten Stadt gesetzt. Motto: „Mehr Platz für Menschen statt für Autos“. Dieses Mal wurde dafür die Linzer Domgasse samt Parkplätzen in eine Verweilzone für Menschen verwandelt. Bei schönstem

Herbstwetter nutzten viele die (fast) autoleere Straße, um zu plaudern, spielen, essen, trinken und sich auszutauschen.

Die Anwesenden waren sich einig, wir brauchen in Linz mehr verkehrsberuhigte Flächen, und das nicht nur für einen Tag. 2021 soll es wieder einen „PARK(ing) DAY“ geben!

Ein Stadion mit Möbelhaus?

Viele offene Fragen und intransparente Entscheidungen sieht die KPÖ beim geplanten neuen Donauparkstadion.

Im Sommer 2019 handelten Land und Stadt einen Stadiondeal aus, bei dem der LASK das Linzer Stadion auf der Gugl für 80 Jahre „geschenkt“ bekam.

Im Gegenzug soll auch für den Stadtrivalen Blau-Weiß Linz ein neues Stadion gebaut werden. Der Plan sah ein Stadion um maximal neun Millionen Euro vor, zu gleichen Teilen von Land, Stadt und Verein finanziert. Nun wurde aber eine Spielstätte vorgestellt, die bis zu 15 Millionen Euro kosten soll.

Kritisch sieht die KPÖ vor allem die Verquickung des Stadionprojekts mit einem Einkaufszentrum des Möbelkonzerns XXX-Lutz. Auch die gestiegenen Kosten ohne Finanzierungszusagen sowie intransparente Vorgänge vor bei am Gemeinderat hinterlassen offene Fragen.

Linzer KPÖ präsentiert Klimakonzept

Im November 2019 beschloss der Gemeinderat, Linz in den europäischen Wettbewerb um die Klimahauptstadt zu schicken. Dabei entstand ein definitiv schön klingendes Papier, das bei genauerem Hinsehen allerdings ohne konkrete, weitreichende Maßnahmen bleibt.

Daher hat die KPÖ Anfang März 2020 interessierte BürgerInnen zu einem „Runden Tisch“ geladen, um Linz wirklich zur Klimahauptstadt zu machen. Als Ergebnis liegt nun ein Konzept vor, wie wirkliche Klimapolitik auszusehen hat.

Das Klimakonzept der KPÖ gliedert sich in fünf Bereiche: Öffentlicher Raum, Ernährung, Wirtschaft, Energie, Mobilität und enthält viele Punkte, die bei entsprechendem politischen Willen einfach und

schnell umzusetzen wären. Die KPÖ möchte einige dieser Maßnahmen auch in künftige Sitzungen des Linzer Gemeinderats einbringen, und wir laden alle ein, mit uns den Weg eines wirklichen Klimaschutzes zu gehen.

Die wichtigsten Maßnahmen sind in einem jetzt vorliegenden Folder zusammengefasst. Der Klimahauptstadt-Folder kann bei der Linzer KPÖ (siehe Infobox Seite 2) bestellt werden.



In einem Folder hat die Linzer KPÖ ihre Vorschläge und Forderungen zum Klimaschutz zusammengefasst.